

ESSENER MORGEN

Solidarisch – parteilich – links

Schulessen
Der Hunger würgt's rein –
oder auch nicht

Seite 2



Landtagswahl NRW
Wofür DIE LINKE steht

Seite 4/5



Zwischen Schlagern
und Schlägern

Die AfD im Wahlkampf
Seite 6



Denkmalschutz jetzt!
Atelierhaus muss erhalten
bleiben

Seite 7



Richtig wählen

Wer die Qual hat ...

& Kurz
& Knapp

Woran erkennt man, dass Wahlen sind? Die Parteien merken plötzlich, dass es eine soziale Schieflage gibt im Land und dass sie eigentlich schon immer für soziale Gerechtigkeit eingetreten sind.

Der „Gerechtigkeitsvirus“ scheint fast alle Parteien befallen zu haben. Vor allem die SPD punktet damit, mehr soziale Gerechtigkeit zu versprechen. Dafür steht ausgerechnet Martin Schulz, der als damaliges SPD-Vorstandsmitglied Kanzler Schröders unselbige Hartz-Gesetzgebung unterstützt hat. Durchaus folgerichtig: Mehr als Ankündigungen hat er bislang nicht zu bieten.

NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hofft, vom „Schulz-Effekt“ profitieren zu können. Dabei hat sie häufig vor Wahlen soziale Maßnahmen versprochen, um sie danach wieder einzukassieren. „Realitäts-Check“ nannte sie das. Seitdem gilt die „Kraftstunde“ (57 Minuten) als Einheit für die Zeit, die jemand braucht, um seine Versprechen komplett zu brechen. Ihre einzig wirklich soziale Tat war die Abschaffung der Studiengebühren, als DIE LINKE noch im Landtag saß und dafür sorgte, dass sie keinen Rückzieher machen konnte!

Auch die Grünen, deren Kompetenzen ja eher auf dem Gebiet des repressionsfreien Müslis und des veganen Fahrradschnellweges liegen, reden nun von NRW als einem „Land der sozialen Gerechtigkeit und des Zusammenhalts“ und behaupten: „Die zunehmende soziale Spaltung unserer Gesellschaft nehmen wir nicht hin.“ Donnerwetter! Wo waren die Herrschaften in den vergangenen fünf Jahren? Ach ja, in der Landesregierung! Hätte man da nicht wenigstens ein bisschen mehr soziale Gerechtigkeit verwirklichen können?

In NRW wollte Hannelore Kraft einst „kein Kind zurücklassen“. Hat sich in den letzten fünf Jahren die Kinderarmut verringert? In Deutschland sind aktuell mehr als zwei Millionen Minderjährige auf staatliche Grundsicherung angewiesen. 3,3 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. In NRW fiel der Anstieg noch höher aus: 3,8 Prozent Steigerung auf 564.000 Kinder und Jugendliche in Hartz-4-Haushalten.

Besonders krass sind die Zahlen im Ruhrgebiet, auch in Essen: In unserer Stadt leben drei von zehn Kindern in Hartz4-Familien. Inzwischen sind in Essen 6.000 Menschen auf die „Tafel“ angewiesen, um sich dort mit dem Nötigsten zu versorgen. Wie unsinnig ist da das Gerede, dass es „uns noch nie so gut gegangen ist“!

Stattdessen besitzen „in Deutschland die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung die Hälfte des gesamten

Sich mal wieder so richtig schön enttäuschen lassen

Vermögens. Die untere Hälfte nur ein Prozent“, wie unsere Bundesministerin für Arbeit und Soziales, die Frau Nahles, bei der Vorstellung des neuen Armuts- und Reichtumsberichts bekannt geben musste. In NRW, dem „Land der sozialen Gerechtigkeit“ sind fast 15 Prozent der Gesamtbevölkerung (2,6 Millionen Menschen) einkommensarm, also jede*r siebte Einwohner*in unseres Landes. Dennoch scheint es, als würden sich



Michael Steinmann ist Kreissprecher DIE LINKE. Essen



Höhepunkt im Landtagswahlkampf am 4. Mai:

Sahra Wagenknecht, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE. im Bundestag, und Christian Leye, Spitzenkandidat für die Landtagswahl, sind zu Gast in Essen. Von 15.00 bis 17.30 Uhr geht das bunte Programm mit Reden, Musik und Kabarett auf dem Willy-Brandt-Platz. Im Info-Zelt gibt es die Möglichkeit, unseren Kandidatinnen und Kandidaten Fragen zu stellen.

Heraus zum 1. Mai

„Wir sind viele: Wir sind Junge und Alte, Frauen und Männer, Migrantinnen und Migranten, Beschäftigte, Erwerbslose, Rentnerinnen und Rentner. Wir sind eins: Wir kämpfen für mehr soziale Gerechtigkeit und stehen für eine Gesellschaft, die die Würde der Menschen auch in der Arbeitswelt respektiert und schützt. Wir demonstrieren am 1. Mai für eine soziale, tolerante, demokratische und solidarische Gesellschaft in Deutschland und in Europa.“ So lautet der Aufruf des DGB zum diesjährigen 1. Mai.

Wir rufen auf:

10.30 Uhr Beginn der Demonstration am Girardethaus

11.15 Uhr Maikundgebung auf dem Burgplatz, Hauptredner: Michael Vassiliadis, 1. Vorsitzender der IG BCE

13.45 Uhr Internationales Maifest auf Zeche Carl unter dem Motto „Zeit zu handeln“



Die NPD plant eine Provokation am 1. Mai und will in Altenessen aufmarschieren!

Das Bündnis „Essen stellt sich quer“ fordert ein Verbot des Nazi-Aufmarsches und ruft alle Essener Bürgerinnen und Bürger dazu auf, sich dem bunten, friedlichen Protest ab 11. Uhr anzuschließen.

sozialdemokratische Wählerinnen und Wähler gerne mal wieder freiwillig so richtig schön enttäuschen lassen wollen! Anders ist der „Schulz-Effekt“ eigentlich nicht zu erklären. Wenn der aber nichts als Illusion ist, was dann?

Vielleicht mal denen „da oben“ einen Denkkettel verpassen? Da gibt es ja eine Partei, die sich „Alternative“ nennt und allen Enttäuschten das Blaue vom Himmel verspricht. Und es deshalb schon mal als Grundfarbe auf ihre Plakate malt. Sie arbeitet mit einem sehr perfiden Trick: Warum nicht denen die Schuld geben, die garantiert nichts dafür können? Geflüchtete. Die sind schwach und eigenen sich gut als Sündenböcke.

Das scheint eine Zeit lang gefruchtet zu haben. Klar, für viele arme Menschen ist schwer nachvollziehbar, warum für Geflüchtete „plötzlich Geld da ist“, das ihnen selbst seit Jahren verwehrt wird. Wenn Kinder von Geflüchteten Spielzeug, Stofftiere und dergleichen geschenkt bekommen, während sie selbst nicht wissen, wie sie ihren eigenen Kindern ein Geburtstagsgeschenk machen können – und niemand scheint sich dafür zu interessieren. Da legen sich die rechten Selbstdarsteller und Möchtegerns wie etwa Guido Reil, der braune Steiger aus dem Norden, gerne ins Zeug, um ihr eigenes Süppchen zu kochen.

Doch Geflüchtete werden nicht auf Kosten der Armen finanziert. Kein einziger Hartz4-Empfänger bekäme auch nur einen müden Euro mehr, wenn es keine Geflüchteten gäbe! Nur wenn die Reichen stärker zur Kasse gebeten würden, wenn es eine Millionärssteuer gäbe, wenn die Steuerflucht bekämpft werden würde – dann wäre genügend Geld da, allen in der Gesellschaft ein gutes Auskommen und ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Darum ist Solidarität das Gebot der Stunde, gemeinsam gegen Spardiktate und Kürzungspolitik. Gegen Flüchtlinge kämpfen bringt nix, gegen Millionäre und Steuerflüchtlinge – alles!

In diesem Sine: Wer die Qual hat, hat eine Wahl – DIE LINKE!

Radschnellweg im Eltingviertel

Die städtebauliche Entwicklung des Eltingviertels und der Bau des Radschnellweges passen gut zusammen. Der RS 1 setzt als zukunftsweisendes Projekt selber städtebauliche Akzente. Für DIE LINKE darf die Planung jedoch nicht zu Verzögerungen beim Bau des RS 1 führen. Das Ziel sollte die Erstellung der Radweg-Brücke über die Gladbecker Straße und des Radweges bis spätestens 2020 sein.

Sonntagsöffnung vor Gericht

NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin legt Kriterien für verkaufsoffene Sonntage vor, um sie rechtssicherer zu machen. DIE LINKE meldet Zweifel an. Auch der Wirtschaftsminister steht nicht über dem Ladenöffnungsgesetz NRW. Danach muss ein besonderer Anlass vorliegen, z.B. ein traditionelles Stadtteilstfest. Die Gerichte stellen auf Klage von Verdi fest, dass die Anlässe größtenteils konstruiert sind. Solange Einzelhandel und Städte weiter Pseudoanlässe schaffen, werden sie auch wieder vor Gericht scheitern.

Fernwärme in Essen

Stadt und STEAG Fernwärme gründen eine gemeinsame Gesellschaft, um die neuen Fernwärmegebiete zu vermarkten. Dem stimmte DIE LINKE zu. Vor zehn Jahren wollte DIE LINKE die Verträge mit der STEAG kündigen und das lukrative Geschäft durch die Stadt betreiben lassen. Damals war die STEAG in privater Hand. Heute ist sie in kommunalen Besitz, die Stadt Essen beteiligt. Falls sich das Geschäft nicht lohnt, kann sie eine Ausstiegsklausel nutzen.

Mecklenbecks Wiese

DIE LINKE wendet sich gegen die Bebauung von Mecklenbecks Wiese in Horst. Die Große Koalition nahm im Planungsausschuss die Fläche ins Arbeitsprogramm auf. Die Fläche erfüllt als Frischluftschneise und landwirtschaftliche Nutzfläche eine wichtige Funktion. DIE LINKE sieht zudem ein unausgewogenes Verhältnis von steigendem Bauvolumen und einer Verkehrsinfrastruktur, die auf weniger Bebauung ausgelegt ist.

Nordrhein-Westfalen

Kommentar zum Stadtgeschehen

Es wird gegessen, was auf den Tisch kommt!

von Ralf Fischer

Die Einlassung des Schuldezernenten in der letzten Katernberg-Konferenz zum Mittagessen an den Schulen ist ein Armutszeugnis der besonderen Art. Da steckt die Erziehung des letzten Jahrhunderts noch in den Knochen: Gegessen wird, was auf den Tisch kommt!



Ralf Fischer ist Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE. Essen

In der Sekundarstufe 1 betreibt die konservative Bildungspolitik den Offenen Ganztag ohne innere Überzeugung. Hauptsache, die Gören werden bespaßt! Die Kurse sind schlecht ausgestattet, die Betreuenden arbeiten nur mit Zeitverträgen, die Teilnahme ist nicht verpflichtend, die Kurse sind nicht Teil des Lehrplans. Es heißt zwar „Ganztag“, ist es aber nicht.

In der Sekundarstufe 2 hat vor allem die Schulzeitverkürzung das Problem verschärft. Jetzt geht endgültig nichts mehr ohne Mittagessen. Und auch hier dasselbe Verwaltungsdenkmal: Hauptsache die Gören werden satt! Dass die Schüler*innen reihenweise die Trinkhallen und Pommessbuden in Schullnähe stürmen, senkt noch die Kosten. Trotz Unterrichts bis in den späten Nachmittag weigert sich die konservative Bildungspolitik, die Schulen zu echten Ganztagschulen auszugestalten, mit Schulküche und allem anderen, was dazu nötig ist.

Die CDU ist aufgerufen, ihren letztlich ideologisch motivierten Widerstand gegen eine echte Ganztagschule für alle aufzugeben und endlich in der Großstadt anzukommen.

Dauerhafte Beschäftigung und tarifliche Bezahlung durchsetzen

Sozialer Arbeitsmarkt überfällig

von Gabriele Giesecke

Unter dem Titel „Essener Arbeitsmarktstrategie 2020“ feiert Oberbürgermeister Kufen die Umsetzung des Bundesprogramms „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ und eines Landesprogramms zur öffentlich geförderten Beschäftigung. Garniert wird das Ganze mit einem kommunalen Modellprojekt. Die Projekte haben eins gemeinsam: Sie sind ein Tropfen auf den heißen Stein und nicht auf Dauer angelegt.

Bis jetzt sind nur zwei Jahre Förderung bis Ende 2018 vorgesehen. Durch die bürokratische Ausgestaltung der Programme stehen tatsächlich wohl nur noch anderthalb Jahre für Beschäftigung zur Verfügung. Wie viele Stellen konkret entstehen, DIE LINKE. im Rat der Stadt Essen



Gabriele Giesecke ist Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Essen

Unterschied von rund 300 Euro brutto im Monat ausmachen. Die Wohlfahrtsverbände haben angekündigt, die Differenz zum Einstiegsstarif aus eigener Tasche zu begleichen. Die Ratsfraktion DIE LINKE macht sich dafür stark, dass die städtischen Beschäftigungsgesellschaften nachziehen. Im Windschatten dieser Programme will Sozialdezernent Renzel die städtischen Beschäftigungsgesellschaften umgestalten. Umsetzen will er wohl eine gemeinsame Organisation von Teilen des JobCenters, der EABG und der Jugendhilfe. Noch hüllt die Verwaltung sich in Schweigen, trotzdem oder

Die wenigen, die mit Glück einen Arbeitsplatz ergattern, erhalten diesen nur befristet. Tarifliche Bezahlung ist im Bundesprogramm nicht vorgesehen. Das kann z.B. bei der Essener Arbeitsförderungsgesellschaft EABG

Flüchtlingsunterkünfte aufgeben

Die alten Flüchtlingsunterkünfte an der Langenberger Straße und der Worringsstraße sollen schnellstmöglich aufgegeben, abgerissen und die Gelände renaturiert werden, so ein gemeinsamer Antrag von SPD, CDU, Grüne und LINKE im letzten Rat. Denn die alten „Kaschemmen“ sind für eine menschenwürdige Unterbringung nicht mehr geeignet. Momentan sind genügend andere Unterbringungsmöglichkeiten vorhanden.

Schrottimobilien abreißen

DIE LINKE unterstützt im Rat den Abriss verfallener Immobilien, forderte aber eine sozialverträgliche Lösung für die Bewohner*innen, zum großen Teil Roma, die vor Armut und Diskriminierung in ihrer Heimat geflohen sind. Der Sozialausschuss lehnte dies kürzlich ab. Die Ausführungen von Ratsherrn Jochen Stelzer (SPD) lassen Schlimmes befürchten; er will vor allem die Bewohner*innen vertreiben.

Fragwürdiges Investment beendet

DIE LINKE stimmte im Rat für den Ausstieg aus dem Breitbandprojekt Essen.net und den Verkauf des Kabelnetzes. 2009 hatte DIE LINKE die Gründung abgelehnt. Der enorme Zeitdruck durch die Verwaltung, die fehlende Risikoabwägung und der mangelhafte Businessplan hatten eine ausreichende Beratung verhindert. Essen.net ist ein Beispiel dafür, wie wichtig Transparenz bei kommunalen Beteiligungen ist.

Schulessen weiter in der Kritik

Der Hunger würgt's rein – oder auch nicht

von Sonja Neuhaus und Thorsten Jannoff

„Ich würde zu Hause so nicht kochen, aber man kann das essen“, wird Schuldezernent Renzel von der letzten Katernberg-Konferenz zitiert. Anfang dieses Jahres machte dann DIE LINKE. im Rat mit einer Anfrage im Schulausschuss öffentlich, dass an der Gesamtschule Bockmühle von rund 1.500 Schülerinnen und Schülern nur acht regelmäßig am Schulesen teilnehmen. Obwohl eine ausgewogene Ernährung eine Voraussetzung für die Konzentrations- und Leistungsfähigkeit und somit unverzichtbar für den Schulltag ist.



Sonja Neuhaus ist Kreissprecherin und vertritt DIE LINKE als sachkundige Bürgerin im Schulausschuss.



Thorsten Jannoff ist Geschäftsführer der Ratsfraktion.

Die öffentliche Resonanz war groß. Auch an anderen Schulen nehmen nur wenige Kinder am Schulesen teil. Die städtischen Tochter RGE Servicegesellschaft Essen mbH (RGE), die über 20 Schulen mit Essen beliefert, führte auf unsere Nachfragen einen ganzen Strauß von Gründen an. Es ließen sich so viele unterschiedliche, auch kulturell bedingte Geschmäcker schwer unter einen Hut bringen. Das Ambiente einer Kantine spiele eine große Rolle und welchen Stellenwert die Schulleitungen, Lehrer*innen und Eltern dem Thema „gesunde Ernährung“ einräumen. Außerdem regelten alte Verträge, dass die Schulen erst morgens melden, wie viele Kinder am Essen teilnehmen. Eine Umstellung auf ein AboSystem vereinfachte die Planung. Für uns klingt das mehr nach Ausflüchten als nach Verbes-

serungsvorschlägen. Auch ein AboSystem löst nichts. Gerade Bezieher*innen von Sozialleistungen können ihre Finanzen nicht ein oder drei Monate im Voraus planen. DIE LINKE fordert ein kostenloses Mittagessen an allen Schulen. So hätten die Schülerinnen und Schüler täglich ohne Voranmeldung und unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern und deren Entscheidung ein warmes Mittagessen. DIE LINKE sieht die Schulen durch die Umstellung auf den Ganztagsbetrieb dazu verpflichtet.

Auch wenn Qualität der RGE seit Jahren von der Deutschen Gesellschaft für Ernährung zertifiziert wird, stellt sich die Frage, ob „gekochte Eier in Senfsauce“ oder „Kohlragigemüse“ noch den Geschmack der Kinder treffen. Der Vorschlag der Verwaltung, einen Kinderbeirat rund ums Thema Schulesen einzurichten, stellt zwar eine

Verbesserung dar. Letztlich sollte es jedoch eine Selbstverständlichkeit sein, Schülerinnen und Schüler an jeder Schule in Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Denn sie sind es, die im wahrsten Sinne des Wortes die Suppe auslöffeln müssen.

Eine weitere Selbstverständlichkeit beim Ganztagsbetrieb ist die Einrichtung einer Mensa. Wer isst schon gerne in einer abgedunkelten Schulaula, die nur zu den vorgeschriebenen Essenszeiten geöffnet und sonst ganz anders genutzt wird? Und besser noch sind schuleigene Küchen, in denen – als Teil des pädagogischen Konzepts – mit den Kindern frisch gekocht wird.

Denn es gilt: An Dingen, an denen man selbst mitwirkt und mit denen man sich identifizieren kann, hat man auch mehr Spaß – und lernt dann auch wirklich für's Leben.

Kita-Betreuung unzureichend

von Ezgi Güyüldar

Wie in den vergangenen Jahren wurden wir seitens der Verwaltung informiert, dass in diesem Jahr 2.400 Kitaplätze fehlen. Die Versorgungsquote bei den unter Dreijährigen liegt bei nur 34 statt 40 Prozent, bei den über Dreijährigen nur bei 91 statt 100 Prozent. Ginge es so weiter, fehlten im Jahr 2020 rund 3.800 Kitaplätze. Ein unhaltbarer Zustand.



Die Unterversorgung ist auch die Folge einer unzureichenden Bedarfsplanung. Doch gerade in einer Stadt mit einer so hohen Armutsquote ist es fatal, wenn die Eltern daran gehindert werden, arbeiten zu gehen, und die Kinder keine frühkindliche Bildung bekommen. Auch die Probleme bei den Brückenprojekten für die Kinder Geflüchteter tragen nicht dazu bei, die Startchancen in der Grundschule und damit die Integration zu verbessern. Die Brückenprojekte wurden nur deshalb eingerichtet, weil ein regulärer Kitabusarbus Platzgründen nicht möglich war.

Es wäre besser gewesen, wenn die Stadt Essen selber als Betreiberin von Kitas aufgetreten wäre und nicht so stark auf freie Träger gesetzt hätte. Um den Rechtsanspruch jedes Kindes ab einem Jahr auf einen Betreuungsplatz und ab drei Jahren auf einen Platz in einer Kita gewährleisten zu können, müssen vorhandene Einrichtungen erweitert bzw. neue gebaut werden.

Dazu muss der Bedarf in den einzelnen Stadtteilen genauer geprüft und gerade auch bei Neubauhvorhaben berücksichtigt werden.

Montags, 9.30 - 11.30 Uhr

Ev. Lutherkirchen-Gemeindezentrum, Ohmstraße 9, Altendorf, mit RA Carsten Dams

Montags, 10.00 - 12.00 Uhr (außer letzter MO im Monat)
Treffpunkt Altendorf, Kopernikusstr. 8, Altendorf

Dienstags, 10.00 - 12.00 Uhr
Zeche Carl, Förderturmhaus, Wilhelm-Nieswandt-Allee 102, Altenessen

Dienstags, 10.00 - 12.00 Uhr
Ev. Markus-Gemeindehaus, Postreitweg 86, Frohnhausen

Dienstags, 13.30 - 16.30 Uhr
Büro der BG45 im Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1, Innenstadt, mit RA Carsten Dams

Mittwochs, 9.00 - 11.00 Uhr
Der Paritätische, Camillo-Sitte-Platz 3, Hutrop

Mittwochs, 10.00 - 12.00 Uhr
Stephanus-Gemeindezentrum, Langenberger-Str. 434a, Überehr

Mittwochs, 14.00 - 16.00 Uhr
F.-Uehrichs-Haus bei St. Gertrud, Rottstraße 32, Innenstadt

Mittwochs, 15.00 - 16.30 Uhr
Ev. Gemeindezentrum Weigle-Haus, Hohenburgstraße 96, Innenstadt, mit RA Carsten Dams

Donnerstags, 9.00 - 12.00 Uhr
Bürgerzentrum Kontakt, Katernberger Markt 4, Katernberg, mit RA Gabriele Junker

Donnerstags, 10.00 - 12.00 Uhr
Bürger- und Jugendzentrum, Wesselswerth 10, Werden

Donnerstags, 16.00 - 18.00 Uhr
Büro DIE LINKE. Essen, Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1, Innenstadt, mit RA Gabriele Junker

Freitags, 9.00 - 11.00 Uhr
Sozialpädagogische Familienhilfe e.V., Rechtstraße 7-9, Borbeck-Mitte, mit RA Jan Häußler

Freitags, 9.00 - 12.00 Uhr
Ev. Gemeindezentrum Königsstele, Kaiser-Wilhelm-Straße 39, Steele, mit RA Carsten Dams

Freitags, 11.00 - 13.00 Uhr
Zwingli-Jugendhaus, Theodorstraße 20 am Eltingplatz, Innenstadt

Aktuelle Infos sowie Beratungsstellen in der Umgebung Essens finden Sie auf <http://www.dielinke-essen.de/nc/start/sozialberatung/>

Bedarf nach preiswertem Wohnraum steigt

Große Koalition blockiert sozialen Wohnungsbau

von Wolfgang Freye

Seit fünf Jahren ist Essen wieder eine wachsende Stadt. Die Bevölkerung wuchs von 570.394 Einwohnern im November 2011 auf 589.145 am 31.12.2016. Diese Entwicklung spiegelt sich auf dem Wohnungsmarkt wider. Während die Stadtverwaltung vor fünf Jahren noch von 20.000 leerstehenden Wohnungen ausging, waren es im letzten Jahr nicht mehr als 8.000. Wohnungsbaugesellschaften geben Leerstände von 1 bis 2 Prozent an, dies entspricht dem „normalen“ Wechsel.

Eine Studie des Bauministeriums des Landes NRW und der NRW-Bank von 2016 errechnete für Essen einen Bedarf von 10.600 bis zu 16.900 Wohnungen allein bis 2020. Während der Wohnungsmarktbericht von 2013 von Bedarf vor allem bei kleineren, preiswerten Wohnungen ausging, fehlen inzwischen auch größere, preiswerte Wohnungen.

Die Stadt muss selbst bauen

Bei diesem Tempo wird es nichts mit der nötigen Schaffung von preiswertem

Stadt bezahlt wird, finden fast nur in den Stadtteilen nördlich der A40 und im Essener Osten Wohnungen, die die Voraussetzungen erfüllen.

Den zusätzlichen Bedarf an preiswerten oder öffentlich geförderten Wohnungen berechnet die genannte Studie in Variante A auf 1.400 und in Variante B sogar auf 2.650 Wohnungen pro Jahr. Die tatsächlichen Bauzahlen sind dagegen enttäuschend. Trotz größerer Anstrengungen wurden in Essen im letzten Jahr ganze 243 Wohneinheiten mit öffentlicher Mitteln gefördert, von denen 153, mehr als die Hälfte, Heimplätze für Studierende waren. Dabei hat die Stadt 2016 mit rund 20 Millionen Euro die höchsten Fördermittel seit zwölf Jahren im Wohnungsbau vergeben.

Wolfgang Freye vertritt DIE LINKE im Planungsausschuss der Stadt Essen

Wohnraum. Der Bestand an Sozialwohnungen lag 2015 bei gerade noch 20.000, 25 Jahre zuvor waren es 89.000. Er sinkt weiter, weil immer mehr Wohnungen aus der zwanzigjährigen Förderbindung herausfallen.

Die Ratsfraktion DIE LINKE beantragte deshalb schon 2015, beim Wohnungsneubau eine Quote von 30 Prozent Sozialwohnungen vorzugeben. Diesen Vorschlag griff die Verwaltung in einem „Konzept zur Förderung des Wohnungsbaus“ im Mai letzten Jahres auf. Doch die Große Koalition lehnte ihn nach monatelanger Diskussion im November ab. Vor allem die CDU will keine klaren Vorgaben, um „Investoren“ nicht zu „erschrecken“. Damit steht Essen unter den zehn größten Städten der Bundesrepublik ziemlich allein da. Kaum eine andere Großstadt verzichtet mehr auf dieses wichtige Instrument.

DIE LINKE. im Rat hat das Thema im März wieder auf-

Neues aus der Bundesagentur

„Machen Sie die Augen auf, Himmel, Arsch und Zwirn!“

Was ist das bloß für ein Sprachstil? Unbesorgt, es handelt sich um ein Zitat des früheren Sozialsenators in Hamburg und neuen Chefs der Bundesagentur für Arbeit, Detlef Scheele. Im Zusammenhang, nämlich als scharfe Entgegnung auf rassistische AfD-Positionen zu Geflüchteten in der Hamburger Bürgerschaft, war die Äußerung sehr angebracht.

von Rechtsanwalt Carsten Dams

Andere seiner Positionen sind es nicht. Spiegel online zitiert: „Eine fürsorgliche Belagerung finde ich sinnvoll.“ Und: „Wenn man länger aus dem Job raus ist, braucht es manchmal einen Schubs, um zurückzukommen.“ Sowie: „Unsere Berater und Vermittler müssen den Arbeitslosen und seine Familie öfter sehen.“

Wer aber soll da belagert, herumgeschubst und einbestellt werden? Hartz4-Betroffene. Viel hilft die Berufung auf Fürsorglichkeit nicht, wenn man selbst von „Belagerung“ spricht. Wiktionary definiert „Belagerung“ so:



„[1] Militär: Umstellen einer Stadt oder Festung, um deren Besetzung durch aushungern zur Aufgabe zu zwingen, [2] übertragen: Bedrängung.“ „Aushungern“ trafe es angesichts der 10-Prozent-Sanktion bei einem „grundlos“ verpassten Termin gut.

Der ebenfalls von Herrn Scheele formulierte Gedanke: „Aber die Aufgabe der Bundesagentur für Arbeit wird immer darin liegen, die Menschen so schnell wie möglich wieder in Arbeit zu bringen. Das ist unsere Priorität.“ ist nach geltender Gesetzeslage ohne Fehl und Tadel.



Der Autor ist Rechtsanwalt und Fachanwalt für Sozialrecht.

Nur muss jede Maßnahme hierzu verhältnismäßig sein. Da wird's dann juristisch. Verhältnismäßig ist eine Maßnahme, die einem legitimen Zweck mit einem geeigneten Mittel verfolgt, das erforderlich und angemessen zur Erfüllung des Zwecks ist.

Zweck ja: Vermittlung in Arbeit. Eine hohe Einladungsliste ist aber nur geeignet, wenn die Sozialbehörde ihrem Vermittlungsauftrag nachkommt. „Herr/Frau Soundso möchte mit Ihnen über Ihre berufliche Situation sprechen...“ – so beginnen Vorladungen in Essen. In vielen solcher „Gespräche“ wird

dann eine fertige Eingliederungsvereinbarung zum Unterzeichnen vorgelegt. Gerne mit dem rechtlich falschen Hinweis, bei fehlender Unterzeichnung ergehe eine Sanktion. Wenn dann die EGV nur sinngemäß festlegt: „1. Die Behörde berät und unterstützt Sie, 2. Sie kommen Ihren Mitwirkungspflichten nach“, so ist sie, weil das alles schon im Gesetz steht, inhaltseer, teilweise rechtswidrig und ebenso sinnlos wie der Termin.

Bürger zu sinnlosen Terminen antanzen zu lassen ist weder „geeignet“, noch „erforderlich“, noch „angemessen“. „Fürsorglich“ wäre es dagegen, zunächst die Qualität der Beratung zu erhöhen und dann, falls noch nötig, die Einladungsliste zu prüfen. All dies ändert leider nichts daran, dass nach geltender Rechtslage den Einladungen zur Vermeidung von Sanktionen zunächst gefolgt werden muss, wenn kein wichtiger Grund für das Fernbleiben vorliegt. Zur vorgelegten Problematik aber gilt, Herr Scheele: Machen Sie die Augen auf, Himmel, Arsch und Zwirn!

Carsten Dams berät Betroffene bei JobCenter-Problemen in seiner kostenfreien Sozialrechtsberatung. Termine unter www.hartz4.nrw.de/mehrmals wöchentlich.



Mieten dürfen nicht durch die Decke gehen

Essen braucht ganzes Bündel von Maßnahmen, damit die Mieten nicht durch die Decke gehen. Das ist das Fazit einer Veranstaltung des DGB und der Mietergemeinschaft Essen am 5. April im Gewerkschaftshaus.

Für Siw Mammitzsch, Geschäftsführerin der Mietergemeinschaft, wirkt der 2016 eingeführte qualifizierte Mietspiegel der Stadt Essen preistreibend. Er erfasse nur die erhöhten Mieten der letzten vier Jahre. Auch die nicht erhöhten Mieten und die der letzten acht Jahre müssten erfasst werden, dadurch würden die Basiswerte sinken. So sind die Vergleichsmieten nun um 5,5 Prozent gestiegen. Viele Vermieter, insbesondere die Wohnungsgesellschaften, drehen jetzt an der Preisschraube.

Außerdem erfolgte die Erstellung des Mietspiegels intransparent und unter Ausschluss der Mietergemeinschaft. Ein ganz großes Manko sei die Beurteilung der Lageklassen anhand der Bodenrichtwerte. Das führe zu Verzerrungen, wenn etwa Wohnungen an der dicht befahrenen Alfredstraße in die zweitbeste Lageklasse eingestuft sind.

Für Aichard Hoffmann vom Mieterverein Bochum sind die Bodenrichtwerte kein geeigneter Maßstab zur Beurteilung der Wohnlage. Der Bochumer Mietspiegel sei gegenüber dem Essener transparent und benutzerfreundlich aufgebaut. Mietspiegel könnten auch gerichtlich angefochten werden. Es müsse nur ein betroffener Mieter klagen. Siw Mammitzsch machte auf Folgen für die anrechnungsbaren Kosten der Unterkunft (KdU) für Hartz4-Berechtigte aufmerksam. Hier seien nur die schlechtesten Lageklassen 1 und 2 zugelassen, daher seien die Mietobergrenzen zu niedrig. Da sich die meisten dieser Wohnungen im Essener Norden befinden, fördere diese Berechnung die „soziale Entmischung“. Deshalb sollte für die KdU-Berechnung zumindest die mittlere Wohnlage 3 hinzugenommen werden. DGB-Chef Dieter Hillebrand appellierte an die großen Parteien in Essen, eine 30-Prozent-Quote für Sozialwohnungen einzuführen. Hört wenigstens die SPD dieses Signal und gibt ihre Verweigerungshaltung auf?

Thorsten Jannoff, Fraktionsgeschäftsführer DIE LINKE. im Rat der Stadt Essen



Die beiden Spitzenkandidaten in NRW: Hans-Cristian Leye und Özlem Demirel

Landtagswahl am 14. Mai

Zeig Stärke!

Bist Du 18 Jahre alt oder älter und hast einen deutschen Pass? Dann nichts wie ab ins Wahllokal! Am 14. Mai wird der Landtag unseres Bundeslandes Nordrhein-Westfalen neu gewählt. Du bestimmst – gemeinsam mit 13,2 Millionen anderen –, wer in Zukunft in NRW den Hut aufhat.

Übrigens: Wer am Wahlsonntag schon was anderes vorhat, kein Problem! Schon ab dem 24. April kannst Du wählen. Schnapp Dir den Personalausweis und gehe einfach ins Wahlamt am Kopstadtplatz 10 (2. Etage, werktags 8.30-12.30 und 14.00-15.00 Uhr).

Oder Du lässt Dir die Unterlagen schicken, machst Dein Kreuzchen zuhause und sendest den Stimmzettel im

Briefumschlag ab. Das kostet nichts, versteht sich. Auf dieser Seite kannst Du lesen, wofür wir Dich um Deine Stimme bitten. Unsere vier Kandidierenden, die hier schreiben, sind zwischen 24 und 29 Jahre alt. Vier von hier. Ein starkes, junges Team für eine frische, linke Politik.

Deine Stimme zählt – aber nur dann, wenn Du sie nutzt!

Dafür steht DIE LINKE:

- Für einen Landes-Mindestlohn von 12 Euro
- Für ein Investitionspaket für mindestens 500.000 sichere, tarifbezahlte Arbeitsplätze
- Für ein Ende des Personal-mangels in Kitas, Schulen, Pflegeheimen, Krankenhäusern und im öffentlichen Dienst
- Für bezahlbaren Wohnraum: 100.000 öffentliche Wohnungen jährlich bauen
- Für ausreichend Kitaplätze
- Für den Ganztags an Schulen
- Für bessere Universitäten ohne Abhängigkeit von Drittmitteln und prekäre Arbeitsverhältnisse
- Für gebührenfreie Bildung
- Für längeres gemeinsames Lernen und ein Ende von GB
- Für einen schnellen Ausstieg aus der Braunkohle
- Für einen sozial-ökologischen Umbau in NRW
- Für einen besseren öffentlichen Nahverkehr: flächendeckend und ticketfrei!
- Für ein gerechtes Steuersystem: extremen Reichtum besteuern, normale und niedrige Einkommen entlasten
- Für den Stopp von TTIP, CETA und TISA

Nordrhein-Westfalen



Lösung der Bildungsmisere

Eine Schule für alle

von Sonja Neuhaus

In keinem anderen Land hängt der Bildungserfolg von Schülerinnen und Schülern so stark vom sozialen Status der Eltern ab wie in Deutschland – das belegten in den letzten Jahren zahlreiche Studien. Der 2014 erschienene „Chancenspiegel“ macht das Problem sogar noch konkreter: Durch den Wohnort lässt sich mit einer Wahrscheinlichkeit von 70 Prozent voraussagen, ob ein Kind seinen Abschluss machen wird oder nicht.

Dramatische Zahlen – vor allem für eine Region wie das Ruhrgebiet, in der in Teilen jedes dritte Kind in Armut lebt. Doch was tun? Die größte Selektionsschwelle im Schulsystem stellt der Übergang von der Grundschule zur weiterführenden Schule dar. Im Alter von zehn Jahren wird über die weitere Laufbahn der Schüler*innen entschieden. Durch fehlende Durchlässigkeit nach oben ist für viele mit einer Empfehlung für die Hauptschule bereits

hier festgeschrieben, wie die Chancen für das weitere (berufliche) Leben aussehen – prekäre Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Armut. Eine Abwärtsspirale. In keinem anderen europäischen Land werden die Kinder so früh getrennt wie in Deutschland.

Deshalb fordert DIE LINKE eine grundlegende Reform des Bildungssystems: eine Schule für alle! Hier lernen Kinder gemeinsam von der 1. bis zur 10. Klasse. Diese Schule bezieht alle Schulformen ein, auch Förderschulen und Gymnasien. Auf ihr wird jahrgangsübergreifend gelehrt und gelernt, der Unterricht an den Bedürfnissen der Schüler*innen orientiert. Das Fächerangebot wird deutlich erweitert. Stellen für Lehrer*innen, Sonderpädagog*innen und Schulsozialarbeit werden aufgestockt, um kleinere Lerngruppen zu ermöglichen. Durch Kooperationen mit Sportvereinen, Musikschulen und Verbänden wird die Schule nicht mehr nur zum Lernraum, sondern auch zum Lebensraum werden. Um den Leistungsdruck und die Konkurrenz zu verringern, setzen

wir uns die Abschaffung der Ziffernoten ein. Von individuellen Bewertungstexten und kontinuierlichem Feedback profitieren Schüler*innen deutlich mehr als von einer Zahl.

Natürlich kosten unsere Forderungen Geld. Wir finden es jedoch wichtig, in Bildung zu investieren, um für eine bessere Gesellschaft von morgen zu streiten. Deshalb fordern wir ein sofortiges Investitionsprogramm für die Schulen in NRW. Für Schüler*innen und Eltern muss Bildung selbstverständlich kostenfrei sein – und zwar von der Kita bis zur Hochschule.

Sonja Neuhaus (24) studiert Bildungswissenschaften und ist Sprecherin des Kreisverbandes DIE LINKE. Essen. Sie kandidiert für den Landtag auf Platz 29 der Landesliste und ist Ihre Kandidatin im Wahlkreis 68 (Stadtteile: Bergerhausen, Fischlaken, Heidhausen, Heisingen, Kettwig, Kupferdreh, Rellinghausen, Rütten-scheid, Stadtwald, Über-ruhr und Werden).

Konservative Sicherheitspolitik versagt

Sicherheit heißt vor allem: soziale Sicherheit!

von Jasper Prigge

Die Fakten sprechen eine klare Sprache: In den letzten Jahrzehnten wurden zahlreiche Verschärfungen von Gesetzen vorgenommen, die Grundrechte massiv beschneiden. Der „Krieg gegen den Terror“ hat zahlreiche Opfer gefordert, vor allem in Afghanistan, das nach wie vor kein „sicheres Herkunftsland“ ist. Auch die Anzahl gewaltbereiter Salafisten in der Bundesrepublik hat massiv zugenommen.

Die konservative Sicherheitspolitik hat versagt. Vorratsdatenspeicherung, Kameras und andere Überwachungsmaßnahmen haben das Sicherheitsgefühl nicht gesteigert. Im Gegenteil, es werden immer neue Maßnahmen gefordert. Dabei gerät aus dem Blick, worum es eigentlich geht. Es gilt Ursachen von Terrorismus und Kriminalität zu bekämpfen. Perspektivlosigkeit und soziale Ausgrenzung sind noch immer die maßgeblichen Faktoren dafür, dass Menschen sich radikalisieren oder in anderer Weise straffällig werden. Si-

cherheit ist immer auch eine Frage der sozialen Sicherheit. Es braucht einen umfassenden Politikansatz, der Terrorismus und Kriminalität wirklich angeht. Es gibt keine Entschuldigung dafür zum Terroristen zu werden. Aber nur eine gelingende Prävention kann Taten wirklich verhindern und leistet wirksamen Opferschutz. Von allen Experten werden die hohe Jugenderwerbslosigkeit und die Ungleichverteilung des Reichtums als wesentliche Gründe genannt. Sicherheit kann es nur geben, wenn der Kriminalität der soziale Nähr-

Integration statt Diskriminierung Für eine offene und tolerante Gesellschaft

von Jules El-Khatib

Migration gibt es seit Anbeginn der Menschheit. Gerade das Ruhrgebiet erzählt die Geschichte der letzten Migrationsbewegungen. Aktuell dreht sich die Debatte vor allem um schärfere Regelungen für Geflüchtete und Migrant*innen. Eine linke Migrationspolitik will dagegen das Gemeinsame stärken und dafür die bürokratischen Hürden bei der Einbürgerung oder auf dem Arbeitsmarkt abbauen. Zentral sind die Abschaffung des Arbeitsverbots für Geflüchtete in den ersten drei Monaten und ein Ende der Abschiebungen. Erster Schritt ist ein Abschiebestopp für alle, die arbeiten, in Ausbildung sind oder eine Bildungseinrichtung besuchen. Initiativen von CDU und Arbeitgebern, den Mindestlohn für Ge-

flüchtete auszusetzen, sind falsche. Stattdessen braucht es eine Erhöhung des Mindestlohns sowie eine Verkürzung der Arbeitszeit für alle Beschäftigten, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Zentrales Mittel zur Integration junger Menschen ist das Bildungssystem. Auch dort sollte Migration und Multikulturalität als Perspektive gesehen werden. Die Mehrsprachigkeit von Kindern mit Migrationshintergrund soll dementsprechend gefördert werden. Kinder mit einer natürlichen Mehrsprachigkeit haben einen Anspruch auf eine Förderung, die ihrer persönlichen Situation gerecht wird. Um diesen Anspruch zu gewährleisten, muss das Land mehr Stellen für Lehrerinnen und Lehrer schaffen. Die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse ist zu erleichtern. Dies alles sind entscheidende Schritte für die Integration von Migrantinnen und Migrantinnen. Für eine offene Gesellschaft bedarf es allerdings mehr. Als LINKE setzen wir auf eine gesellschaftliche Bewegung gegen Diskriminierung, Rassismus und Hass, weswegen rechte Straftaten und Hatespeech konsequenter verfolgt werden müssen.

Jules El-Khatib (25) studiert Soziologie und ist Mitglied im Landesvorstand DIE LINKE. NRW. Er kandidiert zum Landtag auf Listenplatz 28. Er ist ihr Kandidat im Wahlkreis 67 (Innenstadt und Essen-West von Altendorf bis Haarzöpfe und Margarethenhöhe, dazu Brede-ney/Schuir).



Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit für alle

Radikal umsteuern

von Ezgi Güylidar

Der Sozialstaat wurde in den letzten Jahren immer weiter abgebaut. Die Infrastruktur befindet sich oft in einem desolaten Zustand. Der Staat ist immer schlechter dazu in der Lage, seine Aufgaben zu erfüllen. Und statt guter Arbeit, von der man leben kann, gibt es immer mehr prekäre Jobs, von der man nicht einmal mehr eine Familie ernähren kann. Armut hat viele Gesichter und enorme Dimensionen: Menschen, die wegen niedriger Löhne und hoher Lebenshaltungskosten arm sind; ältere Menschen, deren Rente nicht reicht; Alleinerziehende, die nicht wissen, wie sie über die Runden kommen sollen; Wohnungslose, die am Wohnungsmarkt verzweifeln; in Armut lebende Kinder – jedes davon ist eines zu viel. Armut führt zu Ausgrenzung und Benachteiligung. Die Landesregierung hatte sich zum Ziel gesetzt, Menschen aus der Armut zu holen. Die Realität in Nordrhein-Westfalen sieht jedoch anders aus. Die Armutsquote ist auf dem Höchststand, in zehn Jahren hat sie sich von 14,4 Prozent auf 17,5 Prozent

erhöht. In NRW ist die Armut deutlich stärker gewachsen als im Bundesdurchschnitt. Bei der Kinderarmut wird besonders deutlich, dass Ministerpräsidentin Hannelore Kraft ihren selbst formulierten Anspruch, kein Kind zu rückzulassen, nicht eingelöst hat. Mit fast 450.000 unter 15-Jährigen lebt landesweit fast jedes fünfte Kind in NRW in einem Hartz4-Haushalt, in Teilen des Ruhrgebiets sogar jedes dritte. Zu 47 Prozent von Armut betroffen sind Alleinerziehende und ihre Kinder. Deshalb brauchen wir in NRW dringend ein ressortübergreifendes Anti-Armutsprogramm. Dringend erforderlich ist eine steuerpolitische Kehrtwende. Die Verteilung von Vermögen und Einkommen muss gerechter werden. Deshalb setzen wir uns in NRW für eine Erhöhung der Renten, der Löhne und aller davon abgeleiteten Sozialleistungen ein. Wir wollen einen Mindestlohn von mindestens 12 Euro. DIE LINKE. NRW ist für das sofortige Ende des menschenfeindlichen Hartz4-Regimes in den JobCentern. Die Steuern für die Reichen – Einkommens-, Erbschafts- und Vermögenssteuer – müssen steigen, die Steuern für die Niedrigen und

mittleren Einkommen sowie die indirekten Steuern müssen sinken. 124 der reichsten 500 Deutschen wohnen in NRW. Mit einer radikalen Umsteuerungspolitik sind die Möglichkeiten vorhanden, in öffentliche Daseinsvorsorge zu investieren. Natürlich ist auch uns bewusst, dass der finanzielle Spielraum des Landes maßgeblich von der Gesetzgebung des Bundes abhängig ist. Deshalb heißt es für uns auch politische Verantwortung zu übernehmen, dass Nordrhein-Westfalen neben konkreten Verbesserungen im Land auch sein bundespolitisches Gewicht nutzt. Der Einflussbereich des Landes endet nicht an der Landesgrenze. Erst recht nicht für das bevölkerungsdichteste Bundesland NRW.

Ezgi Güylidar (29) studiert Rechtswissenschaften, ist Mitglied im Rat der Stadt Essen und im Landesvorstand DIE LINKE. NRW. Sie kandidiert auf dem aussichtsreichen Listenplatz 11 für den Landtag. Sie ist Ihre Kandidatin im Wahlkreis 66 (der Essener Osten von Hutrop bis Leithe, von Katernberg bis Byfang).

Wahlk(r)ampf

Dicke Backen ...

... machen die Sozis mit „NRWIR“, dem superduperschlauen Wortspiel. Vor lauter „Chulz-Effekt“ fällt da nicht weiter auf, dass Superdupermartin ein Überbleibsel aus Kanzler Schröders Agenda-Jahren ist. Sein Wahlprogramm für den Bund gibt's erst nach der Landtagswahl. Reicht es etwa nicht für den Test in NRW?

Schneller werden ...

... will die CDU und plakatiert: „Mehr Bewegung – weniger Stau“. Klar gibt's weniger Staus auf den Straßen, wenn wir uns mehr bewegen, zu Fuß versteht sich. Das ist gesund! Oder will die CDU, was NRW schon im Überfluss hat: noch mehr Autobahnen?

Aufzählverse ...

... dichten derweil die Grünen. Denn das soll „gute“ Politik: „ohne Wenn und Aber ... die Menschen sachlich informieren“. Interessen? Ziele? Ach wo! Man will nur „positiv, selbstbewusst, klar, mutig“ rüberkommen. Dazu meinen wir: 1. Sozialer, 2. werden! Sonst 1. setzen, 2. sechs!

Untätigkeit ist ...

... Machtmissbrauch“, tönt FDP-Chef Christian Lindner und unterschreibt irgendwas. Fast wie US-Präsi Trump seine seltsamen Dekrete. Ist das Lindners heimliche Fantasie, wie er regiert, wenn Sie ihn lassen? Ratsherr und Trump-Verehrer Andreas „Hellboy“ Hellmann lässt grüßen.

Familie ist ...

... man auch zu fünf!, titelt das Piraten-Facebook, und bislang drei Leuten gefällt das. Na klar, sie meinen die „normale“ Patchwork-Familie. Zu sehen aber ist der Hahn im Korb mit zwei hübschen Frauen und zwei Jungs. Der Vielehe der Mormonen gehört die Zukunft!



Eine Bauchlandung ...

... legte die AfD zum Wahlkampfauftritt hin. Die Parteiprominenz sprach am 8. April in Altenessen vor nur 300 Anhängern; erwartung hatten sie tausend. Polizei und Presse zählten anfangs doppelt so viele. Da hatten sie wohl die Gegendemstrant*innen mitgezählt.

Schöner links ...

... sind nur noch die „Sonstigen“. Da wäre die einst stolze kommunistische Partei DKP, die ihren Parteistatus retten will. Da wären die Marxistinnen-Leninisten von der MLPD, die wegen Stalin-Verherrlichung im Absicht stehen. Nur zu. Auch wer aus falschen Gründen die falschen Leute wählt, geht wenigstens hin!